



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorerer-Dremel, Petra Guttenberger, Thomas Huber, Manfred Ländner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Otto Lederer, Dr. Stephan Oetzinger, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Josef Schmid, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Alexander Hold, Dr. Hubert Faltermeier, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/4344

**Bekennnis zur besonderen deutschen Verantwortung: Volle Härte des Rechtsstaats bei Übergriffen gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger und konsequente Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus**

1. a) Der schreckliche Anschlag von Halle löst tiefe Betroffenheit aus. Der Landtag bekennt sich dazu, alle ihm zur Verfügung stehenden gesetzgeberischen als auch politischen Möglichkeiten zu ergreifen, damit Menschen jüdischen Glaubens in unserem Land ohne Bedrohung und ohne Angst leben können. Wir bekennen uns ausdrücklich zu unserer besonderen Verantwortung, den Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen.
- b) Die Staatsregierung wird gebeten, im Rahmen der bestehenden Gremienstruktur der Justizministerkonferenz und der Innenministerkonferenz weiterhin konsequent möglichen Optimierungsbedarf, in der Verhinderung, Aufklärung und strafrechtlichen Ahndung antisemitischer Taten intensiv zu beraten, zu prüfen, abzustimmen und umzusetzen.  
Insbesondere sollen Strafverschärfungen überprüft werden.
- c) Der Landtag begrüßt es daher, dass die Staatsregierung beabsichtigt, im Bundesrat eine Initiative einzubringen, die für eine schärfere Bestrafung antisemitisch motivierter Straftaten Sorge trägt.

- d) In Bayern trifft die Polizei bereits umfangreiche präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischer Einrichtungen und Bürger. Die Staatsregierung wird gebeten, den bayerischen Schutzstandard weiterhin aufrechtzuerhalten und regelmäßig auf eventuell notwendige Anpassungen hin zu überprüfen.
  - e) Der Landtag begrüßt, dass die bayerischen Sicherheitsbehörden weiterhin alle rechtlich und tatsächlich möglichen Maßnahmen zur präventiven und repressiven Bekämpfung des Rechtsextremismus ergreifen. Er fordert die Staatsregierung auf, diese Maßnahmen umfassend zu überprüfen und entsprechend fortzuentwickeln.
2. a) Die Staatsregierung wird aufgefordert, das bestehende „Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ unter Einbeziehung neuer Erfahrungen und Erkenntnisse weiter fortzuschreiben. Den drei Säulen Vorbeugen, Unterstützen und Eingreifen kommt dabei weiterhin entscheidende Bedeutung zu.
- b) Bei der Fortschreibung sollte ein Augenmerk besonders auf die Entwicklungen dezentraler Strukturen im Internet, die Akteure der „Neuen Rechten“, sowie die rechtsextremistische Musik- und Kampfsportszene, die von Rechtsextremen dazu genutzt wird, neue Mitglieder zu rekrutieren, gelegt werden. Desweiteren muss das Handlungskonzept noch stärker die Nutzung von Sozialen Medien, Hasspostings und den Umgang mit WhatsApp-Gruppen mit extremistischen Inhalten sowie Maßnahmen gegen Antisemitismus in den Blick nehmen. Diese Bereiche sollen an geeigneter Stelle in die Struktur des Handlungskonzeptes integriert werden. Gleichzeitig soll im Rahmen der Arbeit der bereits bestehenden Landeszentrale für politische Bildungsarbeit die aktive politische Bildungsarbeit in den sozialen Medien gestärkt werden.
- c) Die Staatsregierung wird gebeten, dem Landtag über das fortgeschriebene Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus zu berichten und es dem Landtag zu übermitteln. Insbesondere soll dargelegt werden, mit welchen Maßnahmen und Strategien, sowohl präventiv als auch repressiv den aktuellen Entwicklungen begegnet werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident